

# Neuer Schritt der Regierung

## Weihnachtscappell an die Ententemächte

Die Reichsregierung gibt bekannt: Der deutsche Gesandte in Paris wird am heutigen Montag im Auftrag der Reichsregierung einen neuen Schritt bei Poincaré unternehmen. Gleichzeitig wird eine diplomatische Mission angeführt, die sich mit der Lösung des Reparationsproblems und einer vorläufigen Vereinbarung über die besetzten Gebiete befassen werden. Die Vorschläge sind ausführlich präzisiert.

„Keine neuen Augenbindnisse!“ Das ist die Weihnachtsparole, die Poincaré gegenüber den deutschen Vorschlägen, ausgedrückt und nach der sich die verbündeten Mächte richten sollen. Herr Poincaré hat am Sonnabend zwei Vertrauensvoten in der Kammer erhalten, 302 gegen 100 Stimmen und 330 gegen 211 Stimmen. Darauf hielt er am Sonntag in Courcouronnes eine „Weihnachtsschilke“, in der er nach Pariser Meldungen sagte: Das wesentliche sei, daß man nicht zulasse, was sich vom Friedensvertrag entferne, und daß keine neuen Augenbindnisse gemacht würden, sei es in Bezug auf die Reparationen, sei es mit Bezug auf die Sicherheit Frankreichs. Wir sind im Ruhrgebiet und wir werden es nur, nachdem wir bezahlt worden sind, verlassen. Nur die Befreiung der Ruhr kann Deutschland zum Friedensvertrage zwingen. Zum Schluß versicherte Poincaré, daß es Frankreichs Aufgabe sei, auch dem Frieden zu dienen. Frankreich habe keine Grenzen zurück- und die entlassenen Provinzen wieder erhalten. Es besteht ein ungeheures Bedürfnis nach Frieden und in der Gegenwart von aller Welt beachtet zu sein. Ein neuer Krieg erscheint Frankreich als Ungeheuerlichkeit, und es hat nur den einen Wunsch, den Frieden zu festigen und dabei mitzugreifen, daß die Menschheit die Bewusstheit gütlicher Willen, Freundschaft und die Freude am Leben wiederfindet.

Die Friedensgespräche Poincarés sind dahin zu ergänzen: er wünscht den Frieden unter der Diktatur des französischen Imperialismus. Alle seine Taten und seine Politik bezogen das.

# Erfolge der Sozialdemokratie

## Sicherung der Wahlfreiheit — Hilfe den Schulhaftgefangenen

Aus dem Reichstage wird und geschrieben: Dem Reichsausschusse des Reichstages lag am Sonnabend folgender sozialdemokratischer Antrag zur Beratung vor:

„Dem Tage der Durchführung der Wahlen bis zu ihrer Durchführung ist auch für verbundene Parteigruppen die Verbindung von Vereinen (ausdrücklich) zur Verbreitung von Wahlen zulässig. Versammlungen und Versesselschaften unterliegen auch für die nur den allgemeinen politischen und profanistischen Bestimmungen.“

Der Vertreter des Reichswehrministeriums erklärte vor Eintritt in die Tagesordnung, noch keine Erklärung über die Stellung der Regierung zu diesem Antrage abgeben zu können. Auf den Protest der Genossen Dittmann und Rosenfeld über die nachlässige Behandlung des Reichsausschusses durch das Reichswehrministerium verließ der Vertreter der Regierung, daß sein Ministerium nicht die Absicht habe, die Angelegenheit zu verzögern. Genosse Dittmann erwiderte dann das Verbot der kommunistischen Wahlvorschläge durch den sächsischen Militärbehördenleiter. Der Regierungsdirektor erklärte demgegenüber, der sächsische Militärbehördenleiter habe seine Hand bekommen, die kommunistischen Wahlvorschläge zu verbieten, wenn die sächsische Regierung tatsächlich die nationalsozialistischen Wahlvorschläge zu verbieten beabsichtigt. Der Militärbehördenleiter habe also tatsächlich nur den „Schutz der Verfassung“ beabsichtigt. Das wurde durch den Genossen Dittmann in Zweifel gezogen. Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich angenommen, nachdem er mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten eine Einschränkung durch Einfügung des Wortes „ausdrücklich“ erfahren hatte.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung trug Genosse Rosenfeld umfangreiches Material über die verhängte Schußhaft in Thüringen und Sachsen vor. Die Regierung sei immer noch nicht dem einstimmigen Beschlusse des Reichsausschusses, die Schußhaftgefehle von 1918 anzuwenden, nachgekommen. Mißhandlungen und Quälereien der Schußhaften können immer noch vor. Dabei betätigen sich besonders Zeitweilige, die aus den Kreisen des Landbundes kommen. In dem Briefe eines Zeitweiligen heißt es u. a., daß in der Reichswehrkompanie, der er angehört, eine herrliche nationale Stimmung herrsche. Die Kompanie habe sich 150 silberne Fahnenkreuze anfertigen lassen, die unter dem Krage getragen werden. Von bürgerlicher Seite wurde die Berechtigung der sozialdemokratischen Beschwerden anerkannt. Der demokratische Abgeordnete Brodau nannte den Transport der Verhafteten, die von Kavallerie an die Pferde gebunden wurden, Skandaljäger. Staatssekretär Ziegerer spricht die Erwartung aus, daß die Regierung bereit sei, nach Schußhaftgefehle von 1918 anzuwenden. Die Beratung sei noch nicht abgeschlossen. Es sei aber mit der Veröffentlichung nach der Weihnacht zu rechnen. Der Ausschuss nahm dann folgenden sozialdemokratischen Antrag einstimmig an:

„Die Reichsregierung ist zu ersuchen, die Prüfung der Schußhaftfrage auf das schnellste vorzunehmen und dafür Sorge zu tragen, daß eine möglichst große Zahl Schulhaftgefangener nach der Festigung zu ihren Familien zurückkehren könne.“

# Die Weihnachtbescherung für Thüringen

## Ein Reichsregierungskommissar?

Aus Berlin wird uns mitgeteilt: Der Reichswehrminister weilt vor wenigen Tagen auch in Thüringen. Seitdem er nach Berlin zurückgekehrt ist, werden in Regierungskreisen die verschiedenen Pläne über eine Beurlaubung der in Thüringen beurlaubten Wehrmänner zugunsten der bürgerlichen Parteien laut. Bekanntlich werden die Amtsgeschäfte des Reichsausschusses Thüringen vorläufig noch von einem sozialistischen Puppensystem geführt. Das ist den bürgerlichen Parteien selbstverständlich unangenehm und sie haben sich deshalb bereits die verschiedenartigsten Gedanken darüber gemacht, wie es möglich ist, die durch den Militärbehördenleiter bezogene auf außerordentliche Rechte der bestehenden Regierung noch weiter auszuweiten. Bei dieser Gelegenheit tauchte auch der Gedanke auf, für Thüringen einen Reichskommissar zu ernennen, der die verfassungsmäßige Regierung soll in seinem rechtmäßigen Rechte. Herr Geßler scheint diesen Plan nach Berlin übermitteln zu haben, und es ist nicht verwunderlich, wenn der halb bolschewistische und halb deutschnationale Innenminister Dr. Jaxer ihn besondere Beachtung findet. Angehängt befindet sich eine Besondere Weisung, die die Regierung von Ruhe und Ordnung, aber es hat bisher nur Anwendung gefunden und dem Reich große finanzielle Ausgaben gekostet, während die Gewerkschaften und Arbeiter sich im Hungerlobe betätigen wurden. Was kümmert es da, wenn weiterhin im gleichen Tempo fortgefahren wird und in das Land Thüringen ein neues Element der Unruhe hineingetragen wird, indem man einen deutsch-nationalen Kommissar zum Reichskommissar ernannt?

Sagen diesen neuesten Wahnsinn ist die gesamte Öffentlichkeit anzusehen! Und dennoch, wird er verabschiedet, dann dürfte er in der Praxis nur das Gegenteil dessen ergeben, was mit ihm beabsichtigt ist.

# Das Ende der Papiermark-Kredite

Der Zentralausschuss der Reichsbank hat am Sonnabend wichtige Beschlüsse über die Kreditgeschäfte der Reichsbank gefasst, die endlich das Ende der sogenannten Papiermarkkredite bringen. Vor Monaten hatte sich bekanntlich die Reichsbank nach langem Zögern nur entschließen können, vier Fünftel des Lombardkredits auf werbeständige Grundlage zu stellen. Nebenher ging ein nicht geförderter Diskontowechsel zu Lasten der Reichsbank und des Staates. Das waren jene berüchtigten Papiermarkkredite, die zur Zeit der großen Kurdrückgänge der Reichsbank von einer schamlosen Spekulation als gutes Geschäft ausgenutzt wurden. Nach den Beschlüssen des Zentralausschusses müssen sich die Kreditnehmer in Zukunft bei Anlauf von Wechseln verpflichten, eine eventuelle Marktentwertung zu tragen. Während für die Bezahlung der Entwertung sind die amtlichen Dollarkurs für telegraphische Auszahlung Neuverleiher der Diskont- und Verfalltage vorhergehenden Vormittags. Der Zinssatz für werbeständige Diskontokredite ist auf 10 Prozent und der für werbeständige Lombarddarlehen auf 12 Prozent für das Jahr festgesetzt. Soweit noch auf Grund früherer Verordnungen in Einzelfällen Papiermarkdarlehen ohne Entwertungsklausel erteilt werden, gilt der frühere Zinssatz von 80 Prozent.

# Schacht's Ernennung vollzogen

SPD. Der Reichspräsident hat am Sonnabend die Urkunde zur Ernennung des bisherigen Währungskommissars Dr. Schacht zum Reichsbankpräsidenten dem Reichskanzler zur Gegenzeichnung überreicht. Inzwischen hat die Regierung einstimmig die Wahl Dr. Schacht zum Präsidenten der Reichsbank ihre Zustimmung gegeben. Damit kann die Ernennung als vollzogen gelten.

# Ein Schachzug der bayerischen Volkspartei

München, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die unerwartete Niederlage im Parlament hat die Bayerische Volkspartei stark aufgebracht, daß sie einen Schritt getan hat, der die wahren Absichten ihrer letzten großartigsten parlamentarischen Aktion enthält. Nachdem sie von ihr so frühlich veranlagte sofortige Auflösung des Landtages nicht gelungen ist, sollte man meinen, sie sollte nun alles daran, um die im Landtage beschlossenen Vorlesungen für die Auflösung so schnell wie möglich zu vollziehen. Aber ganz im Gegenteil; sie fordert ein Volksbegehren zur Herbeiführung eines Volksentscheides, um den § 22 aus der bayerischen Verfassung, der eine Zweidrittelmehrheit für verfassungsändernde Gesetze vorschreibt, auszumachen. Weiter soll dann durch den Volksentscheid der gegenwärtige Landtag aufgelöst und ein neuer Landtag, und zwar als verfassunggebender gewählt werden, der ohne den § 22 in einer der Verfassung die freie staatliche republikanische Verfassung in ihren Grundgedanken umfassen und den schon lange ersehnten Staatspräsidenten mit souveränen Vollmachten versehen und damit grundsätzlich den Weg streichen würde für die Verwirklichung der Forderungen der Bayerischen Volkspartei hingewiesen, wenn sie jetzt am Feuer der

# Fort mit dem Ausnahmezustand!

Herr Geßler hat nach seiner Rückkehr aus Dresden verkündet lassen, nach seinen Einbildnissen müsse der militärische Ausnahmezustand fortwähren. Ist auch der Reichskanzler dieser Ansicht? Herr Marx hat in seiner Programm-erklärung zugesagt, sorgfältig zu prüfen, wann der Ausnahmezustand aufgehoben werden könne. Bleibt er sich seiner Verpflichtung bewußt?

Herr Marx war vor seinem Amtsantritt ein hoher Richter und gilt als ein gerechtfertigter und stiller urteilender Mann. Ist er das, dann muß er verstehen, welche tiefe Empörung in unsern Reihen über eine Politik herrscht, die von uns als tief unethisch, als Verrat empfunden wird. Der Ausnahmezustand ist in der Nacht verhängt worden, in der in Bayern die Diktatur nach proklamiert worden war. Nur um gegen die damals nicht zu übersehenden und zu beurteilenden Pläne der bayerischen Ordnungsgewaltener geschickt zu sein, zu seinem andern Zweck wurde er verhängt, nur unter dieser Voraussetzung ist der militärische Ausnahmezustand die Billigung der Regierung. Dieser Zweck wurde verfehlt. Die Mehrzahl der bürgerlichen Minister, Zentrum und Volkspartei, wollten keine Ausdehnung mit Marx und sie nahmen auch die unzulässige Verhängung der von ihnen sonst so ehrfurchtgebietenden Staatsautorität hin, als Laßlo in dem Gehorsam flüchtige, Anklage und Marx die Gehorsamsverweigerung als Grundlage ihrer Ordnung proklamieren.

In der Ordnungsgewalt entwickelten sich die Dinge natürlich immer verhängnisvoller. Der Hitler-Ludendorff-Rohr-Boslow-Putsch kam. Die Regierung mußte den wiederholt angekündigten Vormarsch auf Berlin fürchten. Sie entwickelte Entschlossenheit. Der militärische Ausnahmezustand wurde nach militärischer, die vollziehende Gewalt ging von Geßler auf Seekt über; der parlamentarische verantwortliche Minister wurde ausgeschaltet; die Generalkommandantur erhielt das Recht zur Ausübung der vollziehenden Gewalt. In München unterlag Hitler und Ludendorff dem Parteiputsch, der nicht flohen, aber schmach gelehrt. Die Reichsregierung verwarf die selten günstige Gelegenheit, ihr Ansehen durch geschicktes Eingreifen in München wieder herzustellen. Ihre Autorität ging hoffentlich verloren, die Regierung verhängte gegen das Recht — auf die Aburteilung der Hochverräter vor dem Staatsgerichtshof, sie verbot auf jede Ausdehnung mit Ruhr, Bayern, und Staatsanwalt Gminder, Mitglied der Bayerischen Volkspartei, ist Reichsjustizminister. . . . Festhalten muß trotzdem werden: nur gegen die Rohr-Diktatur wurde der militärische Ausnahmezustand verhängt, nur gegen den Parteiputsch und seine etwaigen Folgen wurde die Verhängung der vollziehenden Gewalt an Herrn v. Seekt beschlossen.

Die wahnsinnige Geldentwertung hatte furchtbares Elend erzeugt. Hungerrevolten drohten, Verwerflichkeit, anständliche erfolgte. Diese Stimmung glaubten die Kommunisten in wohnsinniger Verblendung und bölliger Verfeinerung der Machtverhältnisse zu Rutschen auszuheilen zu können. Das ist die Arbeiterklasse freudlos festgeklammert in Hamburg duma aufkommen — ohne Rücksichtnahme der Reichswehr. In Preußen war Seevering gegen Zinssatz und Rechtsjuristen inzwischent Herr der Lage — ohne Reichswehr. In Sachsen mochten die Kommunisten mit ähnlichen Plänen wie in Hamburg ospleit haben und deshalb in die Regierung eingezogen sein. Die Sozialdemokratie durchschaute die Absicht und war zur Trennung von den Kommunisten entschlossen. Herr Stresemann, verdrängt von seinen Parteifreunden, verlor den Kopf. Die sächsische Regierung wurde gewaltsam von der Reichswehr abgesetzt und die Koalition gesprengt. Sachsen und dann Thüringen wurden okkupiert; sie blieben okkupiert, auch nachdem die Kommunisten aus der Regierung ausgetreten waren: blieben okkupiert, obwohl jede Möglichkeit eines Putsches längst geschwunden ist.

Vollstimmung, die unter dem Druck der wirtschaftlichen und politischen Lage in ihrer Mehrheit vielleicht gegen das Parlament angenommen ist, ihre reaktionären Pläne zu verwirklichen hilft. Volksbegehren, Volksentscheid und Verfassungsänderung können als Voraussetzung der Aufhebung des Belagerungszustandes. Sonst sind sie eine elende betrügerische Komödie, die die Reaktion spielt.

# Arbeiterpartei und Hungerkredite

Paris, 22. Dezember. Die Pariser Presse rechnet damit, daß die Arbeiterregierung Anfang Januar in London die Macht ergreifen und das Schicksal der deutschen Lebensmittelanleihe entscheiden werde. In diesem Zusammenhang verdient eine Londoner Nachricht des New York Herald Beachtung. In dieser wird ausgeführt, daß die Labour Party sich für die Annahme des deutschen Entschlusses einstellen werde. In London gelte als sicher, daß die Vereinigten Staaten den Prioritätsplan durchaus befürworten werden und es unterliege keinem Zweifel, daß ein aus mündlichen Erwägungen ersolgter Appell in den Kreisen der Labour Party großen Widerhall finden wird. Die französische Presse ist sich der Bedeutung bewußt, die der Entschluß Ramsay MacDonalds in der Frage des Prioritätsantrages haben wird.

# Griechenland wird Republik

Die Ausrufung der Republik Griechenlands kann als unmittelbar bevorstehend gelten. Sowohl die griechische Regierung als der jetzige Statthalter haben an Venizelos Telegramme gerichtet, die den Wunsch nach seiner sofortigen Rückkehr aus Paris zum Ausdruck bringen. Die Rückkehr soll bedingungslos und ohne Einschränkung zu dem Zweck erfolgen, die Führung der Staatsgeschäfte zu übernehmen. Außerdem haben sich ungefähr 300 Abgeordnete mit ähnlichen Wünschen an Venizelos gewandt. Es kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß den Wünschen der griechischen Regierung und der griechischen Abgeordneten umgehend Rechnung getragen wird. Die Ausrufung der Republik Griechenlands ist unter diesen Umständen nur noch eine Frage von wenigen Tagen.

# Anerkennung Sowjetrußlands durch Polen

Warschau, 21. Dezember. Durch einen Roten Austausch hat die polnische Regierung die Föderation der Sowjetrepubliken offiziell anerkannt. Die Sowjetregierung hat sich ihrerseits verpflichtet, alle Bestimmungen des Wiener Vertrages zu erfüllen und hat überdies Polen die Errichtung von Konsulaten in Lwow und Wlask zugesprochen. Die russische Antinote ist in besonders freundschaftlichem Ton gehalten und bedeutet eine bemerkenswerte Besserung der russisch-polnischen Beziehungen.

# Unendlicher Schaden ist angerichtet worden.

Die Ministerpräsidenten aller Länder fordern nach wie vor die Beseitigung des militärischen Ausnahmezustandes. Eine Ausnahme macht — welche Ironie! — heute vielleicht nur Bayern. In der Tat ist die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes im Reich der beste Vorwand für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in Bayern. Solange jener besteht, wird die bayerische Regierung sich stets darauf berufen, und schon aus Prestigegründen, ihren Ausnahmezustand aufrechterhalten. Will man in Bayern endlich halbwegs verfassungsmäßige Zustände wieder herstellen, so muß im übrigen Reich zuerst die Verfassung wieder hergestellt sein.

Ungeheuer verderblich hat der Ausnahmezustand auf das Verhältnis des Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse zur Staatsgewalt gewirkt. Macht sich der Reichskanzler überhaupt Gedanken darüber, welche Erbitterung in der Arbeiterklasse herrscht, die den Ausnahmezustand nach der ganzen Entstehungsgeschichte als

„Interess und politischen Verrat empfunden muß? Vor der Revolution trat die kaiserliche Staatsgewalt den Massen gegenüber als Militarismus, als Polizei und Klassenjustiz auf. So wurden die Arbeiter in äußerster Staatsfeindschaft hineingetrieben. Die demokratische Republik haben sie als ihre Erzeugnisse an. Der Ausnahmezustand droht diese neue Einstellung zur Staatsgewalt wieder völlig zu vernichten, da den Massen von der bürgerlichen Regierung an sich schon Ungeheuerliches zugemutet wird. Die Unternehmer verlängern die Arbeitszeit, vermindern die Löhne. Herr Brauns, ungedenkt einer besseren Vergangenheit, würgt sich zu ihrem Helfershelfer herab. Die Fassen der Ordnung des Staatshaushaltes werden auf die Schultern der breiten Masse gelegt, und die Staatsgewalt wird wiederum als verhaßter Militarismus zur Unterdrückung der Staatsbürgerlichen Rechte mißbraucht. Graut dem Reichskanzler nicht vor den Folgen? Will er nicht endlich die unerträgliche Herrschaft der Generalkommandantur beseitigen?

Auf allen Gebieten wird gespart. Für Sozialpolitik, Erwerbslosenunterstützung, Kriegsbeschädigte, die Beamten und Staatsarbeiter ist kein Geld da. Der Ausnahmezustand bedeutet aber auch finanzielle eine längst überfällig gewordene Vergütung von Staatsmitteln, aber deren Höhe allerdings kein Ausschlag gegeben wird. Es würde höchste Zeit, daß solcher Verschwendung, die von den Massen als bitterer Spott empfunden werden muß, endlich Einhalt getan wird.

Die Sozialdemokratie wird immer wieder ihre Kräfte einsetzen, um die Beseitigung des Ausnahmezustandes zu verhindern. Selbst vom Standpunkte der Reaktion läßt er sich ja gar nicht mehr verteidigen, da die augenblickliche Stabilität der Währung trotz der furchtbaren Krise und der herrschenden Not einermachen beruhigend wirkt. Wüssen doch auch die Reaktionen zugeben, daß der Ausnahmezustand heute nur noch eine Quelle der Erbitterung, äußerster Mobilisierung ist, daß er also staatsgefährlich wirkt. Seine Beseitigung ist um so dringender, als gerade in dem Gebiete wo er seine größte Verwirklichung erfährt, Wahlen bevorstehen. In der Demokratie ist das Wahlrecht das oberste, alle andern überragende Recht des Staatsbürgers. Der Ausnahmezustand bedeutet aber Einschränkung der Wahlfreiheit, Verpeetung des wichtigsten Rechts, während die Freunde des Komplex gerade diesen Rechtslosigkeit rühmen. Die Zeit ist nunmehr endgültig gekommen, wo Herr Marx die Probe auf den ihm nachgerühmten Rechtsinn ablegen kann.

Wann gebent die Reichsregierung, wann wird der Reichskanzler endlich Frieden und Recht auf der deutschen Erde schaffen?